

Stuttgart, 01.09.2010

## Landespressekonferenz am 01.09.2010

**Weitere Verschlechterung der Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen im kommenden Schuljahr droht:**

- **Land steht bei seinen Berufsschullehrern bereits heute mit rund 80 Mio. Euro in der Kreide.**
- **Innovationen gehen zu Lasten der Unterrichtsversorgung.**
- **Berufsschullehrerverband fordert verlässlichen 10-Jahres-Plan für die beruflichen Schulen.**

Die Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen ist auch im kommenden Schuljahr höchst gefährdet. Massiver Unterrichtsausfall droht erneut:

- Das Unterrichtsdefizit im Schuljahr 2009/2010 betrug rechnerisch 4,6 %, tatsächlich lag es deutlich höher! Im kommenden Schuljahr ist wieder mit einer deutlichen Erhöhung des tatsächlichen Defizits zu rechnen.
- Eine Lehrerreserve zur Abdeckung krankheitsbedingter Ausfälle steht faktisch nicht zur Verfügung. Die als Krankheitsreserve ausgewiesenen etwa 230 Stellen gehen Jahr für Jahr sinnvoller Weise von Anfang an voll in die Unterrichtsversorgung.
- Die Möglichkeiten, krankheitsbedingte Ausfälle durch die Einstellung von nebenberuflichen Lehrkräften abzudecken, wurden stark reglementiert. Die Schulen werden bei bereits zu Schuljahresbeginn auftretenden Krankheitsfällen auf - in der Regel nicht vorhandene - „Bordmittel“ verwiesen. Eine sichere Grundlage für eine verlässliche Unterrichtsplanung der ersten Unterrichtswochen ist daher nicht gegeben.
- Immer mehr Deputate werden dem Unterricht für Aufgaben der Lehreraus- und Fortbildung, der Bildungsplanarbeit und der Schulverwaltung entzogen. Nach unseren - vorsichtigen - Schätzungen handelt es sich dabei um rund 1.000 Deputate. Konkret geht es darum, dass Institutionen wie z. B. die Landesakademie für Fort-

Seite 1 von 5

bildung und Personalentwicklung, das Landesinstitut für Schulentwicklung, die Staatlichen Seminare für Didaktik und Lehrerbildung (Berufliche Schulen), die Schulabteilungen in den Regierungspräsidien und nicht zuletzt das Kultusministerium selbst mit einem chronischen Stellenmangel zu kämpfen haben. Die Abordnung von besonders geeigneten Lehrkräften an die genannten Einrichtungen sorgt einerseits sinnvoller Weise dafür, dass erfahrene Schulpraktiker ihre Kompetenzen in Schulaufsicht, Qualitätssicherung und Innovation einbringen, dass auch die Personalentwicklung im Bildungsbereich funktioniert, führt aber andererseits zu einer dramatischen Belastung für die Unterrichtsversorgung. An etlichen Schulen des Landes stehen einzelne Lehrkräfte lediglich auf dem Papier, halten keine einzige Unterrichtsstunde: Sie sind an eine der erwähnten Einrichtungen voll abgeordnet. Andere Lehrkräfte erhalten für diese Tätigkeiten Anrechnungen auf die Unterrichtsverpflichtung. Häufig werden diese nachträglich gewährt: zuerst die zusätzliche Arbeit, frühestens im Schuljahr danach die Entlastung oder ein persönliches Überstundenguthaben. Dies führt zu Planungsunsicherheiten an den Schulen und zu einem weiteren Anwachsen der bereits jetzt schon extrem hohen Überstundenbugwelle.

- Aus Gründen der systematischen Qualitätssicherung und -verbesserung an den beruflichen Schulen werden ehrgeizige Programme zur Unterrichtsentwicklung, zur Entwicklung einer Feedbackkultur sowie zur Selbst- und Fremdevaluation ohne zusätzliche Ressourcen, also ohne ein solides und seriöses Finanzierungskonzept, aufgelegt. Auch diese durchaus sinnvollen Maßnahmen gehen zu Lasten der Unterrichtsversorgung, denn die hierfür verwendeten Anrechnungsstunden zum Ausgleich der erhöhten und zusätzlichen Belastung werden den Schulen nicht zusätzlich zugewiesen. Was auf der einen Seite der systematischen Qualitätsverbesserung der beruflichen Schulen dient, führt auf der anderen Seite zu einem höheren Unterrichtsausfall - und damit faktisch zu einer Verschlechterung der Unterrichtsqualität der Schule.
- In dieser Not sehen sich viele Lehrerinnen und Lehrer an den beruflichen Schulen in Baden-Württemberg mit ihrem weit überdurchschnittlich hohen Berufsethos moralisch dazu „verpflichtet“, Überstunden zu machen, um „ihre“ Auszubildenden, „ihre“ Schülerinnen und Schüler bei ihrem individuellen Lernprozess zu unterstützen, sie vor der Prüfung nicht im Stich zu lassen. Auch Schulleitungen sehen sich dazu gezwungen, Lehrkräfte systematisch zu struktureller Mehrarbeit heranzuziehen. Diese strukturelle Mehrarbeit wird den betroffenen Lehrkräften in der Regel als Arbeitszeitguthaben gutgeschrieben. Das Land hat den Lehrkräften verbindlich zugesichert, dass diese Arbeitszeitguthaben den Lehrkräften zurückgewährt werden. Während das Kultusministerium im Oktober 2007 diese Arbeitszeitguthaben noch mit 18.922 Lehrerwochenstunden (= rechnerisch 757 volle Lehrerdeputate) bezifferte, betragen sie derzeit bereits rund 35.350 Lehrerwochenstunden (= rechnerisch 1.414 volle Deputate oder rund 1.500 voll beschäftigte Lehrpersonen). Damit steht das Land bei seinen Berufsschullehrern mit rund 80 Mio. Euro in der Kreide. Innerhalb von drei Jahren hat sich die Überstundenbugwelle fast verdoppelt, im Bereich der pensionsnahen Jahrgängen sogar verdreifacht. In einigen Fällen wurde es bereits in den letzten Schuljahren sehr schwierig, die Arbeitszeitguthaben noch vor der Pensionierung in Anspruch zu nehmen. Diese Problematik wird in den nächsten Jahren rapide zunehmen.

- Die Senkung des Klassenteilers wirkt sich im kommenden Schuljahr erstmals an den beruflichen Schulen aus. Der Klassenteiler soll in vier Stufen von bisher 32 auf 28 Schüler reduziert werden. Um den Schülerinnen und Schülern den Zugang zu den beruflichen Schulen im bisherigen Umfang zu ermöglichen, wurden deshalb vom Kultusministerium für das Schuljahr 2010/11 rund 60 zusätzliche Klassen, die zur Fachhochschulreife oder zur Hochschulreife führen, genehmigt. Dafür werden nach Berechnungen des Kultusministeriums für 2010/11 290 zusätzliche Deputate und für 2011/12 300 Deputate benötigt.
- Dabei ist das Land von einem wirklich bedarfsgerechten Ausbau aller beruflichen Vollzeitschulen noch weit entfernt. Die Anschlussmöglichkeit für Realschüler und Werkrealschüler muss - je nach Eignung, Begabung und Neigung – nicht nur bei den beruflichen Gymnasien sondern auch bei den Berufskollegs gegeben sein. Neben dem Ausbau der beruflichen Gymnasien hat das Land den bedarfsgerechten Ausbau der Berufskollegs vernachlässigt. Gerade die Berufskollegs bereiten gleichzeitig auf eine qualifizierte duale Ausbildung und ein Fachhochschulstudium vor. Was bei den sogenannten „freien Berufen“ schon seit Jahren üblich ist, dass nämlich qualifizierte Ausbildungsplätze nur an Bewerberinnen und Bewerber mit Fachhochschulreife vergeben werden, greift in der Industrie zunehmend um sich: Volljährigkeit + Fachhochschulreife = Ausbildungsreife! Angesichts des von allen Seiten prognostizierten Fachkräftemangels wäre es geradezu fahrlässig, dieses Segment zur Ausschöpfung von Bildungsreserven weiterhin zu vernachlässigen.
- Der von den Vereinten Nationen geforderte gemeinsame Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderung im Regelfall (Inklusion) erfordert darüber hinaus in Zukunft eine personelle (sonderpädagogische), bauliche und sächliche Ausstattung aller Schulen - und in besonderer Weise auch der beruflichen Schulen mit ihren Werkstätten, Küchen, Übungsfirmen und Laboren -, um diese Aufgabe in mindestens gleicher Qualität wie in der Vergangenheit in den ausgezeichneten sonderpädagogischen Einrichtungen des Landes erfüllen zu können.
- Die vom Wirtschaftsministerium in Auftrag gegebene Prognos-Studie von 2009 weist für einen Zeitraum bis 2030 einen Arbeitskräftemangel von rund 500.000 Personen auf. Bereits 2015 werden voraussichtlich 280.000 Erwerbstätige fehlen, davon 100.000 Hochschulabsolventen (2030: 210.000). Die Lücke im Bereich der Fachkräfte mit beruflichen Bildungsabschlüssen liegt mit 120.000 Personen im Jahr 2015 (2030: 230.000) noch darüber. Es ist zudem von einer Lücke in Höhe von 70.000 Personen ohne berufliche Bildung bis 2015 (2030: 60.000) auszugehen. Und der baden-württembergische Industrie- und Handelskammertag klagte erst am 24. August diesen Jahres öffentlich darüber, dass Unternehmen bereits jetzt schon offene Stellen nicht besetzen könnten, dass der Fachkräftemangel im jetzigen Aufschwung deutlich spürbar sei. Dies bedeutet, dass die beruflichen Schulen nicht nur als duale Partner der Ausbildungsbetriebe in der Erstausbildung sondern auch im Bereich der Förderung der Ausbildungsreife, bei der Erhöhung der Hochschulzugangsberechtigtenquote und in der Weiterbildung ihren Beitrag zur besseren Ausschöpfung aller Bildungsreserven leisten müssen: In Zukunft mehr denn je!

## Pressemitteilung – Berufsschullehrerverband Baden-Württemberg

---

Vor diesem Hintergrund benötigen die beruflichen Schulen eine quantitativ und qualitativ gesicherte Unterrichtsversorgung, um ihren Leistungsauftrag erfüllen zu können, d.h.

- den vollständigen Abbau der Unterrichtsdefizite,
- den schrittweisen Abbau der Überstunden-Bugwelle,
- die Einführung eines Ergänzungsbereich wie an den allgemein bildenden Schulen in Höhe von etwa ein bis zwei Unterrichtsstunden pro Klasse für ergänzende Unterrichtsangebote (z. B. Förderunterricht, Fremdsprachen, musisch-künstlerische Angebote, Sport),
- die Schaffung eines Innovationspools in Höhe von 5 % der Stellen für die ständige Anpassung der Lern- und Lehrprozesse in den beruflichen Schulen an die sich ändernden Rahmenbedingungen in der Wirtschaft, Technik, Wissenschaft und Berufsbildung sowie für die schulgesetzlich vorgesehenen Maßnahmen zur Qualitätssicherung an den beruflichen Schulen. Regionale Innovationen und Bildungsinvestitionen sind im globalen Wettbewerb überlebensnotwendig. Kontinuierliche Verbesserungsprozesse sind auch und gerade in den beruflichen Vollzeitschulen, in der beruflichen Erst- und Weiterbildung unerlässlich. Sie dürfen aber keinesfalls zu Lasten der Unterrichtsversorgung gehen.

Um dies zu erreichen benötigen die beruflichen Schulen **mittelfristig jährlich**:

- 300 Deputate zum Ausgleich der Senkung des Klassenteilers
- 200 Deputate zum stufenweisen Abbau der Bugwelle
- 300 Deputate zum Abbau des strukturellen Unterrichtsdefizits

**Hierzu ist ein 10-Jahresplan zur Sicherung der Unterrichtsversorgung, zum Aufbau eines Ergänzungsbereichs und zur Schaffung eines Innovationspools erforderlich.**

Die erforderlichen Deputate können gewonnen werden

- aus der durch Schülerrückgänge gewonnenen demographischen Rendite,
- durch Umschichtungen im Bildungsbereich, denn die Schülerrückgänge treffen die einzelnen Bildungsbereiche im unterschiedlichen Umfang und zu unterschiedlichen Zeiten, d. h. die beruflichen Schulen als letzte,
- durch Neustellen.

Die Zahlen liegen auf dem Tisch. Alle politisch Verantwortlichen sind aufgerufen, die beruflichen Schulen des Landes personell so auszustatten, dass unsere Landeskinder und alle Jugendlichen, die ihre Ausbildung in baden-württembergischen Betrieben absolvieren, in den beruflichen Schulen den bestmöglichen Einstieg in ein erfolgreiches Berufsleben schaffen und gestalten können. Denn wir werden in naher Zukunft alle brauchen!

\*

An den beruflichen Schulen wurden im Schuljahr 2009/10 landesweit 376.993 Schülerinnen und Schüler unterrichtet.

\*

Der Verband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg e.V. (Berufsschullehrerverband) vertritt in Baden-Württemberg über 10.000 Lehrerinnen und Lehrer.

\*

**verantwortlich i. S. d. P.**

Waldemar Futter, Brunnenstr. 36, 72116 Mössingen

Fon: 0711 3607-100 oder 0711 489837-0

Fax: 0711 3607-102

Mail: [info@blv-bw.de](mailto:info@blv-bw.de)

Pressereferent: Friedrich Graser Tel 0171 9319103